



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: u.mueller@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

PRESSEMITTEILUNG, 25.9.2012

LobbyControl: „Zahlungen von Gauselmann an FDP skandalös“ Glückspielfirma steht hinter Investitionen in FDP-Firmen

Die Transparenzinitiative LobbyControl hat die FDP aufgefordert, endlich reinen Tisch bei den Geschäften von FDP-Tochterfirmen mit dem Spielautomatenhersteller Gauselmann zu machen. Die Gauselmann AG hat gestern eingeräumt, hinter den von Monitor aufgedeckten Beteiligungen an der FDP-Tochter altmann-druck zu stehen. Danach habe ein Tochterunternehmen der Gauselmann-Gruppe 2007 1,3 Millionen Euro in die FDP-Tochter altmann-druck GmbH investiert. In den Jahren 2004 und 2007 hat die Gauselmann-Gruppe zudem Anteile an der FDP-Tochter ProLogo im Wert von 652.500 Euro gekauft.

Die Stellungnahme der Gauselmann AG versuche zugleich, die Brisanz dieser Geschäfte herunter zu spielen. „Durch die Anteilskäufe sind mindestens 1,35 Mio. Euro von der Glückspielfirma direkt an die FDP geflossen. Diese Zahlungen waren für die Öffentlichkeit nicht sichtbar und sind erst nach 5 Jahren und den Recherchen von Monitor aufgedeckt worden“, kritisiert Ulrich Müller. „Solche Geschäfte, bei denen an der Öffentlichkeit vorbei große Summen an eine Partei fließen, sind skandalös und müssen unterbunden werden.“

Außerdem hat die altmann-druck GmbH nach dem Einstieg der Gauselmann-Gruppe Immobilien von der FDP gekauft - nach Einschätzung von Monitor zu deutlich überhöhtem Preis. Durch dieses Geschäft floss weiteres Geld an die FDP. Die FDP müsse jetzt alle Verträge und Geldströme zwischen der Gauselmann-Gruppe und ihren eigenen Firmen offenlegen, so Ulrich Müller. Ebenso alle Gutachten und Unterlagen zu den Immobiliengeschäften. Bislang habe die FDP nicht zur Aufklärung des Falles beigetragen.

Der Fall zeigt gravierende Lücken des Parteienrechts. Ein Automatenhersteller, der gegen staatliche Beschränkungen für seine Glückspiel-Automaten kämpft, kann einer Partei Geldsummen in Millionenhöhe zukommen lassen, ohne dass dies für die Öffentlichkeit sichtbar ist. Parteispenden müssen dagegen ab 10.000 € im jährlichen Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden, ab 50.000 € sofort.

"Wir brauchen dringend eine Ausweitung der Transparenzpflichten des Parteiengesetzes auf das Beteiligungsvermögen der Parteien. Wählerinnen und Wähler haben das Recht zu wissen, wer in welchem Maße an parteieigenen Unternehmen beteiligt ist", fordert Ulrich Müller.